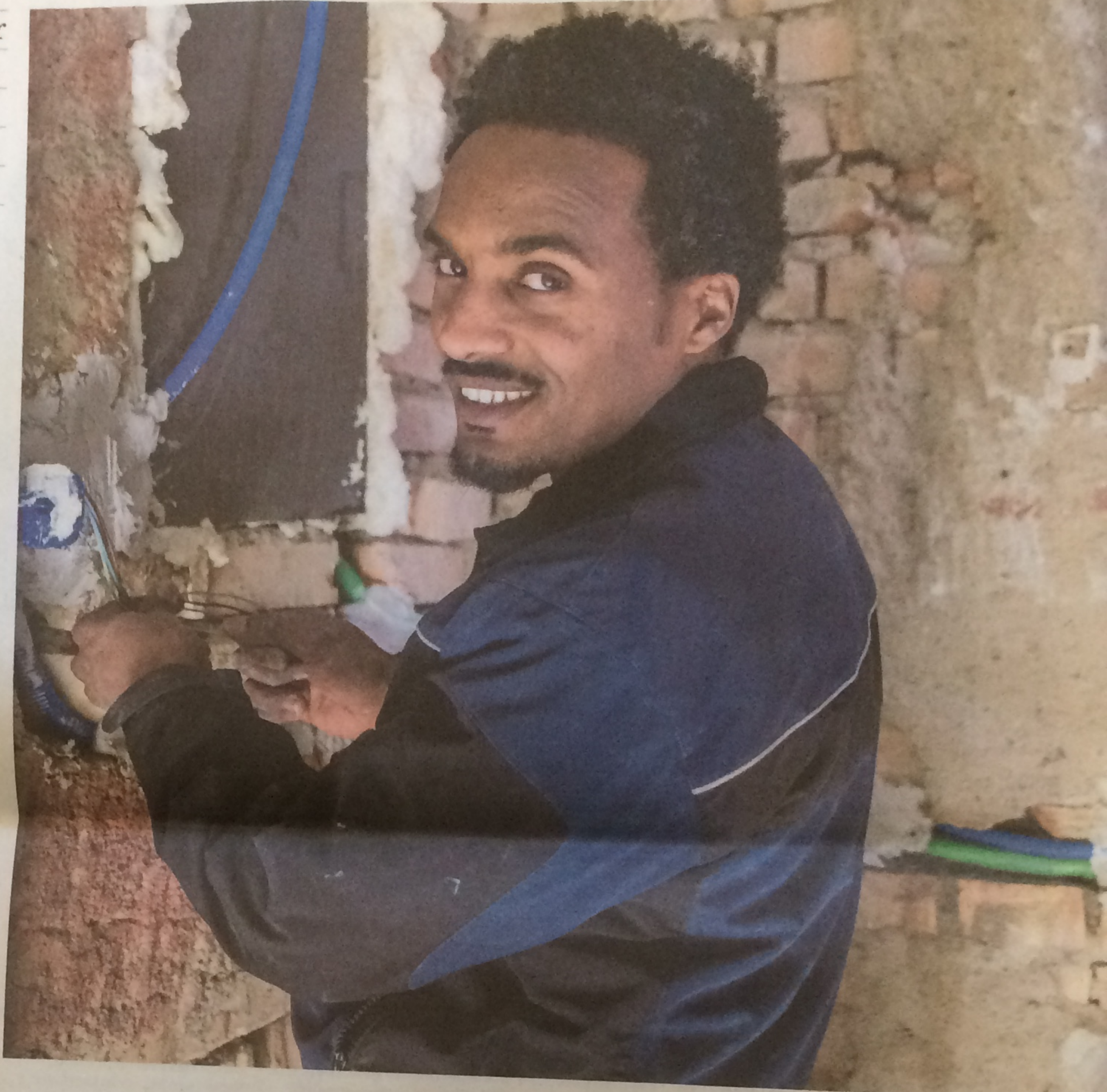


Mit Flüchtlingen gegen den

In der Schweiz fehlen Facharbeiter und Lehrlinge. Die Lücken stopfen können Flüchtlinge. Manche Firmen haben dies erkannt – und machen positive Erfahrungen.
Von Franziska Pfister



Akilu Mhreteab trägt eine Rolle schwerer Elektrokabel herbei und schaut einem Kollegen zu, wie dieser mit schwerem Gerät eine Wand aufspitzt. «Nein, die Arbeit ist nicht anstrengend. Es macht Spass», sagt der 30-Jährige. Zwei Jahre und drei Monate lebt der Eritreer in der Schweiz und steht bei der Elektrotechnik-Firma Schibli in Zürich im ersten Lehrjahr zum Elektroinstallateur. Sein Chef Jan Schibli wollte Flüchtlingen eine Chance geben, selbständig für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Der Betrieb mit 500 Mitarbeitern stellte vor einem Jahr fünf handwerklich begabte junge Männer als Praktikanten ein.

Weil Mhreteab rasch Deutsch lernte, konnte er die Lehre zum Montageelektriker aufnehmen. Schon in der zweiten Woche schlugen die Lehrer in der Berufsschule vor, er solle in die anspruchsvollere vierjährige Lehre zum Elektroinstallateur wechseln. «Er macht seine Sache ausgezeichnet. Man merkt, dass er gelernt hat zu lernen», sagt Personalchef Bruno Pfenninger. Mhreteab hat in Eritrea Physik studiert und als Lehrer gearbeitet. Nach dem Lehrabschluss in der Schweiz möchte er ein Studium zum Elektroingenieur aufnehmen. «Ich habe sieben Monate nach meiner Ankunft in der Schweiz den Status als vorläufig Aufgenommener erhalten, bin aber erst nach fünf Jahren berechtigt für ein Stipendium», sagt er. Bis dahin will er unbedingt arbeiten.

Der Eritreer ist eine Ausnahme. Zehn Jahre nach der Einreise in der Schweiz lebt jeder zweite anerkannte Flüchtling von der Sozialhilfe. Bei den vorläufig Aufgenommenen sind es gar drei von vier, wie eine Studie von KEK-CDC Consultants und B,S,S. im Auftrag des Bundes zeigt. «Für viele Arbeitgeber stellt die Ungewissheit, wie lange eine Person beschäftigt werden kann, ein Risiko dar, das sie nicht

Zahlen zu Flüchtlingen

36877

So viele vorläufig aufgenommene Flüchtlinge gab es Ende 2016 in der Schweiz.

25140

anerkannte Flüchtlinge mit einer B-Bewilligung lebten zum gleichen Zeitpunkt in unserem Lande.

7000

Lehrstellen waren zu Beginn des letzten Sommers unbesetzt. Viele davon im handwerklichen Bereich.

tragen können oder wollen», schreiben die Forscher. Anderswo gelingt die Integration besser, in Kanada haben acht von zehn Geflohenen Arbeit.

In der Schweiz dürfen Flüchtlinge eine Stelle annehmen, sobald ihr Asylantrag genehmigt ist. Doch auch danach unterliegen sie Einschränkungen. Für jeden Stellenwechsel brauchen sie eine amtliche Bewilligung, den Kanton können sie nur wechseln, wenn sie im neuen Kanton einen Job nachweisen können. Vorläufig Aufgenommene haben es besonders schwer: Ihnen ist der Kantonswechsel untersagt, zudem zieht ihnen der Bund 10% ihres Bruttolohns als Sonderabgabe ab.

Gastrobranche als Pionier

Ist es politisch nicht gewollt, dass Flüchtlinge arbeiten? «Doch», widerspricht Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt des Amts für Wirtschaft und Arbeit im Kanton Zürich. «Das ist in aller Interesse. Die Flüchtlinge wollen ja arbeiten, und der Staat spart Sozialhilfe.» Da sie die Schwächsten im Arbeitsmarkt seien, gelte es, sicherzustellen, dass sie orts- und branchenüblich entlohnt würden. Im Kanton Zürich kämen viele Flüchtlinge nur als Hilfskräfte unter, sagt Spieler. Unweigerlich geraten sie dabei in Konkurrenz zu Schweizern und Zuzüglern aus der EU. Die Arbeitslosigkeit bei Hilfsarbeitern ist laut Spieler zwei- bis dreimal so hoch wie bei Fachkräften.

Am meisten Flüchtlinge eingestellt haben Hotels und Restaurants, es sind bereits etwa 400. Der Verband Hotel & Gastro Formation Schweiz hat eine einjährige Integrationsvorlehre kreiert, in der Fachwissen vermittelt, ein europäisch anerkanntes Deutsch-Zertifikat erarbeitet und mehrwöchige Praktika in Service und Küche angeboten werden. «Der Kurs verlangt den Teilnehmern viel ab, es ist für sie ein Jahr ohne Ferien», sagt Tamara Gollietz. Die Ausbilderin steht in einem Klassen-

Arbeitsbewilligungen

Wer darf arbeiten?

Wer den Status «Anerkannter Flüchtling» besitzt, erhält einen Ausländerausweis B und kann eine Stelle annehmen. Eine Beschränkung auf Berufe oder Branchen oder einen Vorrang für Einheimische gibt es nicht. Wer Stelle oder Beruf wechseln will, muss eine Bewilligung der kantonalen Migrationsbehörde einholen. Diese prüft, ob Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden.

«Vorläufig Aufgenommene» haben einen negativen Entscheid auf das Asylgesuch bekommen. Können sie nicht weggewiesen werden, weil das nicht zulässig oder nicht zumutbar ist, verfügt das Bundesamt für Migration die vorläufige Aufnahme. Sie erhalten einen Ausländerausweis F und dürfen in ihrem Wohnkanton arbeiten. (frp.)

zimmer im Gastro-Ausbildungszentrum in Zürich, vor ihr sitzt ein Dutzend Männer und Frauen aus Eritrea, Somalia, Afghanistan, Tibet und dem Kongo. Sie leben zwischen 4 und 15 Jahre in der Schweiz und haben eine Arbeitsbewilligung. Hier gearbeitet haben aber noch die wenigsten, und wenn, dann fast immer nur als Aushilfe.

«Das Schwierigste war, an Papiere zu kommen. Ich hatte zwölf Jahre lang keine Dokumente, und immer hiess es, ich sei nicht qualifiziert», sagt Grancy J. In seiner Heimat Angola verkaufte er Kleider, aber als sein Coach beim Sozialamt ihm die Gastronomie vorschlug, willigte er begeistert ein. «Die haben viele offene Stellen», sagt er. Untereinander

verständigt sich die Klasse in Deutsch, es ist ihre gemeinsame Sprache. Sie hätten sprachlich rasch grosse Fortschritte gemacht, sagt Lehrerin Gollietz.

Grossbetriebe zögern noch

Araz N. ist heute zum letzten Mal im Kurs, der Syrer hat eine Stelle in einer Kantine der SV Group ergattert. «Ich werde als Küchenhilfe fest angestellt», sagt er stolz. Ein fixes Gehalt zu bekommen, sei ihm wichtig gewesen. Im Stundenlohn beschäftigt sein wollen die wenigsten hier. Mehrere haben eine Familie und streben nach einem sicheren Einkommen. Araz ist schon der Fünfte, der vor Kursende abgeworben wurde. «Die Arbeitsstellen sind fast immer sehr zufrieden mit unseren Leuten», sagt Gollietz. Die Flüchtlinge seien hochmotiviert, kaum jemand schwänze oder komme unpünktlich zur Arbeit oder Schule.

Doch gerade Grossbetriebe zögern, Flüchtlinge einzustellen. Das Universitäts-Kinderhospital beider Basel wie auch das Universitätsklinikum Zürich winken ab; Sie benötigten qualifizierte Arbeitskräfte, sagen Sprecher. Ausnahmen sind Ikea, der Logistiker Planzer und die Fleischverarbeiterin Micarna - sie bieten bereits 24 Flüchtlinge, mehrere von ihnen stehen in der Küche der Personalrestaurants im Novartis-Campus in Basel. «Die Direktoren sind aber in vielen Fällen ein mühsamer Prozess. Teilweise dauert es sehr lange, bis die Person eine Arbeitsbewilligung bekommt», sagt eine Sprecherin.

Um Firmen die Angst vor dem bürokratischen Hürdenlauf zu nehmen, startete der Kanton Bern im November 2016 einen ungewöhnlichen Aufruf: «Wir suchen Betriebe, welche jungen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen eine Vorlehre ermöglichen.» Ein gutes Dutzend Unternehmen meldete sich. Trotz diesem Erfolg sieht Zürich von

Fachkräftemangel

Submissionen von sozialen Dienstleistungen

Offeriert die Stadt Winterthur zu günstig?

Flüchtlinge können ein Geschäft sein, genauso wie Behinderte, Arbeitslose, Sozialhilfebezüger. Für sie alle schreibt der Kanton Zürich Programme für Integrationsmassnahmen aus. Das kann alles Mögliche umfassen: vorübergehende Beschäftigungen, Sprach-, PC-, Motivations-, Fachkurse und vieles mehr.

Um solche sozialen Dienstleistungsaufträge buhlen private und staatliche Anbieter. Schweizweit werden für Hunderte Millionen von Franken solche Aufträge vergeben. Wie viel es genau ist, weiss niemand. Damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, müssen laut Bundesgericht öffentlich-rechtliche Bewerber, die von staatlichen Geldern profitieren, «kostendeckend» offerieren. Damit will man sicherstellen, dass bei Submissionen private und staatliche Anbieter gleich lange Spiesse haben.

Ob das bei Ausschreibungen von Arbeitsintegrationsprojekten des Kantons Zürich in jüngster Zeit immer der Fall war, stellen private Anbieter infrage. Insbesondere die Arbeitsintegration Winterthur (AIW), eine Abteilung der sozialen Dienste der Stadt, falle mit sehr tiefen Offerten auf, kritisieren private Anbieter. Weil der Chef der AIW vor kurzem «in gegenseitigem Einvernehmen» den Hut genommen hat, erhält die Kritik viel Aufmerksamkeit.

Mit Namen will sich zwar niemand exponieren. Der «NZZ am Sonntag» liegt jedoch das Resultat einer Ausschreibung solcher Integrationsmassnahmen vor: Während die privaten Anbieter in der betreffenden Submission für zwischen 36 100 Fr. und 18 800 Fr. offerierten, will die AIW denselben Auftrag für nur 14 700 Fr. erledigen. Ein zweiter

öffentlich-rechtlicher Anbieter, der in derselben Ausschreibung mitgemacht hat, liegt mit 24 300 Fr. fast exakt 10 000 Fr. über dem Angebot aus Winterthur. Gemäss Insidern ist das Beispiel kein Einzelfall.

Können die 99 Mitarbeiter der AIW zaubern? Oder offerieren die Winterthurer Dumpingpreise, um ihre Abteilung auszulasten? Nein, sagt Winterthur-Sprecherin Katharina Rüegg: «Wir sind zu einer kostendeckenden Arbeitsweise verpflichtet.»

Eine Differenz in den Offerten liegt bei den Löhnen, mit denen die AIW rechnet. Während Winterthur Stundenlöhne zwischen 96 und 122 Fr. zugrunde legt, kalkulieren Konkurrenten mit um die 150 Fr. Der Kanton Zürich selbst stellt Gemeinden 182 Fr. pro Stunde in Rechnung, wenn er für sie Aufträge ausführt. Das decke die Vollkosten, heisst es beim Kanton, werde zurzeit aber überarbeitet und werde sich gegen 200 Fr. entwickeln.

Rüegg verteidigt die günstigen Winterthurer Offerten: Die AIW suche kostengünstige Lösungen, indem man zum Beispiel Gruppenangebote statt Einzelberatungen vorsehe. Ein Risiko liege bei der Auslastung der Programme, gibt Rüegg zu. «Das ist schwer kalkulierbar.» Wer in Offerten eine hohe Auslastung berechnet, wie es Winterthur tut, kann günstiger offerieren - trägt aber ein höheres Risiko. Ist die Auslastung der Programme tiefer als geplant, zahlt der Steuerzahler - und der Wettbewerb wird verzerrt.

Kann die AIW ihre günstigen Angebote auch immer einhalten? «In der Regel können wir Offerten einhalten. In der Aufbauphase eines Programms muss jedoch teilweise mit Unterauslastung gerechnet werden»,



Winterthur rechnet anders.

räumt Rüegg ein. Die AIW profitiere aber von ihrer Grösse und könne die Ressourcen intern teilweise ausgleichen.

Die Geschäftsleiterin des Verbandes Arbeitsintegration Schweiz, Prisca D'Alessandro, kann zum Einzelfall keine Stellung nehmen. Sie hält aber grundsätzlich nichts davon, soziale Dienstleistungen öffentlich auszuschreiben. «Dies gilt insbesondere bei Arbeitsintegrationsprojekten, weil es dafür keinen funktionierenden Markt gibt», sagt D'Alessandro. «Wer solche Projekte Submissionsverfahren unterstellt, kriert nur riesigen, sprich teuren Aufwand, und zwar für Nachfragende und Anbieter. Mit solchen Submissionen wird Steuergeld verschleudert.»

In der ganzen Westschweiz werden Arbeitsintegrationsprojekte nicht öffentlich ausgeschrieben. In der Deutschschweiz tun es neben Zürich noch Bern und St. Gallen. Offen ist derzeit, ob die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen eine schweizweite Pflicht zur Submission mit sich bringen wird. Das Gesetz kommt bald ins Parlament. Charlotte Jacquemart

solchen Aktionen ab. «Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, dass wir für Flüchtlinge mehr tun als für Einheimische», sagt Spieler.

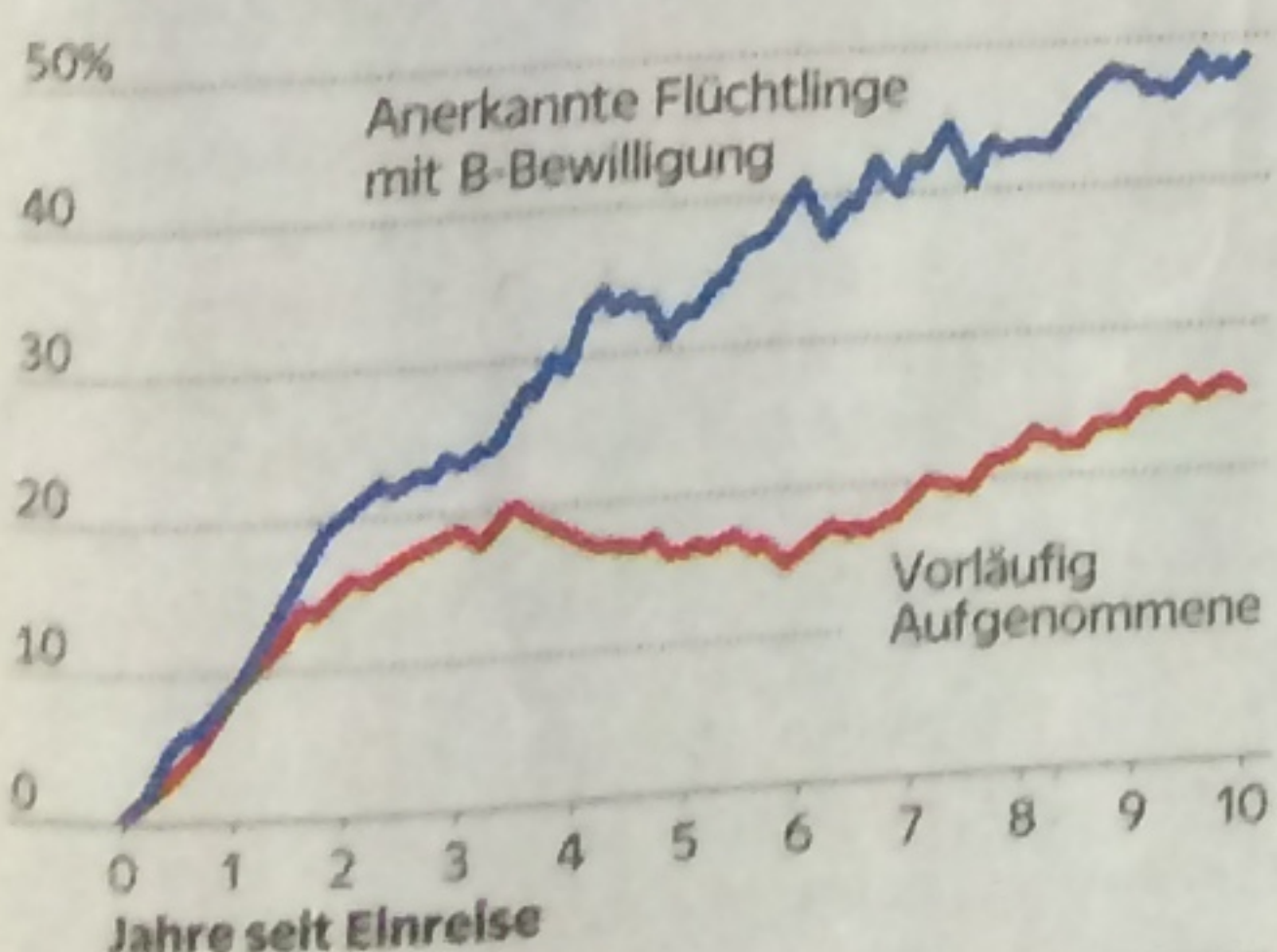
Doch KMU gehen zuweilen von sich aus auf die Behörden zu, so wie Malermeister Michele Focone. Er wollte in der Flüchtlingskrise ein Zeichen setzen und eine freie Lehrstelle mit einem Flüchtling besetzen. Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum Zürich schlug ihm drei Kandidaten vor, unter ihnen war ein Angolaner, den er zunächst als Praktikanten einstellte und mittlerweile in eine verkürzte Lehre übernommen hat. Der junge Mann mache schon jetzt, im ersten Lehrjahr, den besseren Job als mancher gelernter Maler, den er temporär beschäftigt habe, sagt Focone, gestützt auf seine Erfahrungen. Auch die Rückmeldungen der Kunden seien durchweg positiv.

Der Bau gehört zu den Branchen, die Mühe haben, Lehrlinge zu finden. Flüchtlinge könnten diese Lücke füllen, glaubt Focone. «Denn junge Schweizer verdienen ihr Geld lieber im

Der Eritreer Akllu Mhreteab, 30, bei der Arbeit auf einer Baustelle in Zürich. (Zürich, 9. 2. 2017)

Nur die Hälfte arbeitet

Anteil der Flüchtlinge, die in den ersten zehn Jahren nach Ankunft erwerbstätig sind



Quelle: KEK-CDC, B, S, 5



Asylsuchende machen sich nützlich. (12. 5. 2016)

Die Firmen sind meistens sehr zufrieden mit den Flüchtlingen. Diese sind hochmotiviert und schwänzen kaum.

Sitzen.» Das Malergeschäft in Zürich möchte im Sommer einen zweiten Flüchtling als Lehrling einstellen. Sind die Deutschkenntnisse einmal gut genug, können Geflüchtete auch anspruchsvolle Berufe erlernen. Das belegt Thuva K.: Im Sommer tritt der 27-Jährige eine vierjährige Lehre als Polymechaniker bei Sika an. Für den Bauchemiekonzern ist der Sri Lanker aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner Fähigkeiten die «Idealbesetzung», wie Matthias Hägler, Leiter des Bereichs Aliva Equipment, sagt. Thuva macht zurzeit ein Praktikum und pakt mit deutschsprachigen Lehrlingen Schulstoff.

Sika ist ein Beispiel für ein gelungenes Zusammenspiel zwischen Firmen und Behörden. Die Anregung, Flüchtlinge einzustellen, kam vom Integrationsamt Zug, wo Sika den Hauptsitz hat. «Wir fanden die Idee gut», sagt Hägler. Thuva habe den regulären Bewerbungsprozess durchlaufen und überzeugt.

Nur sein Deutsch habe nicht ganz ausgereicht, um gleich eine Lehre anzutreten. Da Thuva im Kanton Zürich wohnt, aber im Aargauer Werk Widen arbeitet, musste Sika einen Antrag beim Aargauer Amt für Immigration und Integration stellen. Das sei problemlos gegangen, sagt Hägler. Betriebe, die sich schwertun, Lehrstellen zu besetzen, könnten in Menschen wie Akllu Mhreteab oder Thuva K. die Fachkräfte von morgen finden. «Flüchtlinge sind enorm motiviert und dankbar für eine Chance», sagt Malermeister Focone.